

Redebeitrag der Roten Hilfe Ortsgruppe München in Solidarität mit den Aktivist*innen der Aktionsgruppe „Tear down Tönnies“

Liebe Freund*innen und Genoss*innen,

der heutige Zivil-Prozess am Landgericht in Berlin gegen eine Aktivistin der Gruppe „Tear down Tönnies“ ist kein Einzelfall. Acht weitere Klima- und Tierbefreiungsaktivist*innen der Gruppe, die mit ihrer Blockadeaktion 2019 gegen die zerstörerische Praxis des Fleischkonzerns Tönnies protestiert haben, werden nun von Tönnies zu Schadensersatz in Höhe von 17.000 Euro verklagt und dazu aufgefordert eine umfassende Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Auch RWE hat schon etwa 100 Menschen, die sich an Protestaktionen wie „Ende Gelände“ beteiligt haben, aufgefordert Unterlassungserklärungen zu unterschreiben. Außerdem hat RWE angefangen, zivilrechtlich weiter zu eskalieren: Sechs Menschen werden wegen der Aktion #WeShutDown am Kraftwerk Weisweiler im November 2017 auf zwei Millionen Schadensersatz verklagt.

Dies ist mittlerweile erschreckende Normalität in einem System der Klassenjustiz, in dem die Macht ganz klar auf Seite der finanzstarken Unternehmen steht.

Staat und Unternehmen versuchen alles, um den Status Quo aufrechtzuerhalten und keine Profite zu gefährden.

In den letzten Jahren hat nicht nur die staatliche Repression gegen die Klimabewegung massiv zugenommen, sondern es werden auch vermehrt Zivilklagen durch Konzerne als Mittel der Repression eingesetzt. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil die Klimabewegung an Stärke gewonnen hat und durch ihre kontinuierlichen Aktionen den an der Klimakrise beteiligten Unternehmen Sand ins Getriebe streut.

Konzerne wie Tönnies und RWE sowie die staatlichen Repressionsorgane reagieren auf derlei Störungen des kapitalistischen Normalbetriebs mit Zivilklagen, Schadensersatzforderungen, Unterlassungserklärungen, massiver Polizeigewalt und hohen Geld- oder Haftstrafen. Wir alle erinnern uns an die brutalen Polizeieinsätze gegen verschiedene Besetzungen und Blockaden, gegen Massenaktionen wie Ende Gelände und gegen Klimacamps.

Wenn sich Personen in Zivilprozessen weigern, Unterlassungserklärungen zu unterschreiben, wird jede Unterschrift einzeln von den Konzernen eingeklagt. Die Kosten für jeden drohenden Zivilprozess belaufen sich auf 6.000 bis 10.000 Euro. Wenn die Aktivist*innen ihre Prozesse verlieren, müssen sie die Unterlassungserklärung unterschreiben und mit saftigen „Vertragsstrafen“ in Form von hohen Geldforderungen rechnen, falls sie ihren Protest gegen Konzerne wie Tönnies oder RWE trotzdem fortsetzen. Im Fall von „Tear down Tönnies“ sind es 250.000 Euro.

Sowohl der Staat als auch Konzerne versuchen uns immer wieder mit neuen Repressionsstrategien von unserem Aktivismus abzuhalten; sie versuchen, die Bewegung dadurch handlungsunfähig zu machen und zu zerschlagen. Aber dieses Kalkül wird nicht aufgehen! Wir setzen den staatlichen Angriffen sowie den Angriffen durch Konzerne unsere kollektive Solidarität entgegen. Wenn wir gemeinsam die Betroffenen supporten, kollektiv die Geldstrafen und Gerichtskosten tragen und die Eingeknasteten nicht alleinlassen, laufen die Angriffe von Polizei, Justiz und Konzernen ins Leere.

In diesem Sinne: Solidarität ist eine Waffe!

Und sie muss praktisch werden: Spendet für die Prozesskosten, macht Öffentlichkeitsarbeit dazu, besucht die Prozesse und macht Soli-Aktionen in euren Städten!